

**Beschluss des 118. Landesparteitages der FDP Hamburg  
vom 1./2. April 2023**

## **Wir schauen nicht weg: Todesstrafe für LGBTQ in Uganda verhindern**

Die FDP Hamburg verurteilt das am 21.03.2023 im ugandischen Parlament verabschiedete Homosexuellengesetz aufs Schärfste und fordert alle mit Außenpolitik und Menschenrechten befassten Institutionen der Bundesrepublik Deutschland dazu auf, mit denen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Inkraftsetzung des Gesetzes zu protestieren. Insbesondere fordern wir

1. die Bundesregierung dazu auf, unverzüglich alle diplomatischen Kanäle zu nutzen, um die Unterzeichnung des Gesetzes durch Präsident Museveni zu verhindern.
2. das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf, Fördermittel für Uganda zu identifizieren, die im Falle des Inkrafttretens des Gesetzes gestrichen werden können. Der Wegfall dieser Fördermittel soll - wenn zeitlich möglich - schon vor der Unterzeichnung des Gesetzes als unmittelbare Konsequenz dieser kommuniziert werden. Durch diese Maßnahme eingesparte Fördermittel sollen stattdessen zur Verbesserung der Situation von LGBTQ in Uganda eingesetzt werden.
3. das Auswärtige Amt dazu auf, eine Reisewarnung für homo-, bi- trans- und intersexuelle Reisende nach Uganda auszusprechen, bis das Inkrafttreten des neuen Homosexuellen-gesetzes sicher abgewendet wurde.
4. das Bundesinnenministerium dazu auf, die Aufnahme von aufgrund ihrer Sexualität oder geschlechtlichen Identität verfolgten Einwohnern Ugandas zu vereinfachen und zu beschleunigen. Abschiebungen dieser Personengruppen nach Uganda sollen bis auf unbegrenzte Zeit ausgesetzt werden.

